

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur **Fanny Witzgen**.
Wien, I. Neues Rathaus.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 30. Dezember 1918. Nr. 504.

Wiener Gemeinderat

Sitzung am 30. Dezember 1918.

Vorsitzender Bürgermeister **Dr. Weiskirchner** macht folgende Mitteilung: Das Staatsamt für soziale Fürsorge hat der Gemeinde Wien zur Erhaltung des öffentlichen allgemeinen Arbeitsnachweises eine Subvention von 20.000 K gewährt. Die Subventionierung erfolgte insbesondere im Hinblick auf die Ausgestaltung der Frauenabteilung des Arbeitsnachweises und auf die Unterstützung des Arbeiterfürsorgewesens bei Einrichtung und Durchführung der Arbeitslosenunterstützung.

Gesendet haben: Die erste oesterr. Sparkasse zur Anschaffung und Verteilung von Winterkleidern an die in Privatpflege befindlichen Waisenkinder Wiens 6000 K, zur Anschaffung und Verteilung von Brennmaterial an die Armen Wiens 2000 K, und zur Verteilung von Speisemarken ebenfalls an die Armen Wiens 2000 K; Dr. Ernst Blich, übermittelt ein Legat nach Fräulein Henriette Ventura per K 2350 zur Ausspeisung armer Schulkinder der Gemeinde Wien ohne Unterschied der Konfession. Die Wiener Sterilisierung Gesellschaft 2000 K an Stelle der alljährlich veranstalteten Weihnachtsbescherung, für arme Schulkinder des 3. und 11. Bezirkes. Viktor Mautner Ritter von Markhof für die Armen des 3. Bezirkes 500 Kronen, Notar Dr. Guido Mülker für die Armen des 3. Bezirkes 200 Kronen.

GR. **Philp** verliest dieeingelaufenen Interpellationen.

GR. **Dr. Dannenberg** und **Max Winter** stellen an den Bürgermeister eine Anfrage wegen der Abstimmung über seinen vom Anfragersteller gestellten Antrag, betreffend die Subventionen für genossenschaftliche Fachschulen und fragt:

1.) Ist der Herr Bürgermeister der Ansicht, daß in den beiden vorliegenden Fällen die Geschäftsordnung irrtümlich gehandhabt wurde?

2.) Ist der Herr Bürgermeister, falls er dieser Ansicht nicht ist, geneigt, dafür zu sorgen, daß dem Gemeinderate ehestens Vorschläge für eine Geschäftsordnung unterbreitet werde; welche die Anfrage der Antragsteller und Abstimmung, sowie die der Interpellationen im Sinne der Geschäftsordnung für die Nationalversammlung regelt?

3.) Ist der Herr Bürgermeister bereit, die beiden vom Stadtrate zugewiesenen Anträge dort zur Abstimmung zu bringen, bevor die Auszahlung der Subventionen erfolgt?

4.) An welche Genossenschaften, bezw. Wohltätigkeitsvereine, sind Subventionen gemäß dem Beschlusse des Gemeinderates vom 18. Dezember bereits ausbezahlt worden, ohne daß die beim Stadtrate zugewiesenen Zusatzanträge dort zur Verhandlung gekommen wären?

Bürgermeister **Dr. Weiskirchner**: Was die Anfrage ad 1 anbelangt, komme ich in eine gewisse Verlegenheit. Ich habe nämlich während des Referates des Herrn Kollegen Winter nicht den Vorsitz geführt, auch nicht die Abstimmung durchgeführt, son-

dern es war Kollege Reumann Vorsitzender. (Hört!) Nun soll ich meine Ansicht kundgeben über die Art und Weise, wie Kollege Reumann die Geschäftsordnung gehandhabt hat. Das tue ich nicht, denn da komme ich mit meinen Vize-Bürgermeistern in Konflikt. In dem Augenblicke, wo ein Vize-Bürgermeister an meinerstatt den Vorsitz führt, hat er alle Rechte, aber auch Pflichten und daher auch die Verantwortung des Vorsitzenden. Es würde aber auch zu weit führen, wollte ich die Art und Weise, wie die Vize-Bürgermeister den Vorsitz führen, einer Kritik unterziehen. Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich daher von einer Beantwortung des Punktes 1 absehe. Was die anderen Punkte anbelangt, kann ich mitteilen, daß ich soeben veranlasst habe, daß der Stadtrat diese beiden Akten erledigt; sie sind wunschgemäß im Stadtrate zur Erledigung gekommen und damit ist diese Angelegenheit auch erledigt.

GR. **Harold** stellt an den Bürgermeister die Anfrage, warum der so schön gelegene Bauplatz am Karlsplatz noch immer unverbaut geblieben ist.

Bürgermeister **Dr. Weiskirchner**: Die Frage der Verwertung der Grundfläche in der Nähe der Karlskirche ist seit Jahren auf der Tagesordnung, aber alle bisher vorgelegten Projekte

haben einer Gruppe von Architekten und Künstlern Widerstand gefunden. Während der Kriegszeit haben wir eine neue Ausschreibung wegen Projekten über eine zweckmäßige und künstlerisch befriedigende Lösung dieser Frage veranlasst. Es ist nun damals ein Regulierungsplan überreicht worden, der nach Anschauung des Stadtbaudirektors eine befriedigende Lösung ergibt. Es wird nun diesbezüglich im Stadtbauamt gearbeitet und das Ergebnis der Studien dann im Stadt- und Gemeinderate vorgelegt werden.

GR. **Kurz Franz** stellt die Anfrage: Ist der Herr Bürgermeister bereit, sofort zu veranlassen, daß über den unverbauten Zwischenraum von Nr. 139 bis 155 und von Nr. 140 bis 160 der Goldschlagstrasse, das sogenannte Astfeld, die Strasse ausgebaut und der Uebergang in Stand gesetzt wird?

Bürgerm. **Dr. Weiskirchner** antwortet, daß die Anfrage so spät überreicht würde, daß die notwendigen Erhebungen bei den Aemtern nicht mehr gepflogen werden konnten, weshalb die Anfrage in der nächsten Sitzung beantwortet werden wird.

GR. **Kurz Franz** stellt folgende Anfrage: Die Baracken der Schmelz in der Heinrich Collinatrasse stehen größtenteils leer. Trotzdem ist die in der Nähe befindliche Bürgerschule Reindlgasse 19 noch immer von Militär belegt. Ist der Herr Bürgermeister daher bereit, das Staatsamt für Heerwesen darauf aufmerksam zu machen, dass die sofortige Räumung dieses Schulgebäudes unschwer durchzuführen wäre:

Bürgermeister **Dr. Weiskirchner** erwidert: Das städtische Schulgebäude 13. Bezirk Reindlgasse 19 ist seit 19. Mai 1917 für 900 Mann des Landsturm Bezirks Kommandos Nr. 1 angefordert und ist nach dem Papierausweis mit 1000 bis 1300 Mann belegt. Mit den an die militärischen Dienststellen ergangenen Erlasse vom 26. November 1918 hat das Staatsamt für Heerwesen hinsichtlich der Schulgebäude in Wien verfügt, dass zwecks Freimachung derselben unverzüglich Erhebungen einzuleiten sind, um die in solchen Gebäuden untergebrachten Truppen, Aemter und s.w. anderweitig unterzubringen. Ein Haupthindernis für die Freimachung der Schulen ist der Umstand, dass viele Kasernen noch für Spitalzwecke in Verwendung stehen und dass die Baracken vielfach

in einem derart desolaten Zustand sich befinden, dass sie nicht einmal für Bequartierungszwecke, viel weniger für Spitalzwecke benützt werden können. Die Baracken auf der Schmelz können infolge ihres Zustandes gegenwärtig für Belagzwecke nicht mehr in Betracht kommen. Dagegen befinden sich die Barackenbauten in der Heinrich Collingasse in einem besseren Zustand, doch sind dieselben derzeit noch von einem liquidierenden Ersatzkörper besetzt und besteht nach den gepflogenen Erhebungen die Absicht, dieselben zu verkaufen. Ein diesbezüglicher Antrag liegt bereits bei der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung vor. Ich glaube es wäre auch notwendig, dagegen Stellung zu nehmen, die Baracken sollen nicht verkauft, sondern für militärische Zwecke verwendet werden, denn auf diese Weise entsteht wieder ein Hindernis, dass unsere Schulen nicht frei werden.

GR. **Panosch** fragt an: Einige der Wiener Molkereien und Großhändler haben an Ihre Abnehmer ein Schreiben gerichtet, in dem mitgeteilt wird, dass die Milch ab 1. Jänner 1919 eingestellt werden muss. Da diese Massnahmen eine grosse Anzahl kleinere Geschäftsleute empfindlich trifft, wird gefragt, ob der Herr Bürgermeister geneigt ist durch die städtischen Milchversorgungsstelle auf die Molkereien und Milchgrosshändler einzuwirken, dass die weitere Belieferung mit Milch auch weiter, wenn auch in verringertem Masse aufrecht erhalten bleibe.

Bürgermeister **Dr. Weiskirchner** erwidert: Durch den grösseren Verbrauch von Milch auf dem flachen Lande während der Feiertage ist die Gesamtanlieferung nach Wien, die am 22. d.M. noch rund 77.000 Liter betrug zu den Feiertagen auf 64.000 Liter herabgegangen. Dieser Umstand dürfte nun einzelne Milchlieferanten zu diesem Schreiben veranlassen haben. Eine Genehmigung der Milchversorgungsstelle zu diesem Schritt wurde nicht eingeholt und ist dem Amte bisher noch ein derartiger Fall zur Kenntnis gekommen. Er betrifft Milchlieferungen aus dem Znaimer Bezirk und warum diese Milch ausgeblieben ist, können sie sich leicht denken, weil indessen die Besetzung Südmähren durch die Tschecho-Slowaken erfolgt ist. Inzwischen haben sich die Anlieferungen wieder bedeutend erhöht und beträgt die Gesamtanlieferung am 27. d.M. betrug 66.677 Liter und am 28. d.M. 78.291 Liter. Die Milchversorgungsstelle wird unverzüglich erheben lassen, ob tatsächlich noch andere Milchlieferanten in derselben Weise gegen ihre Einsteilkunden vorgegangen sind und bejahenden Falles die Verfügung treffen, dass alle Einsteilkunden auch in Hinkunft auch mit Milch versorgt werden.

GR. **Wolssl** stellt folgende Anfrage: In den letzten Wochen waren in den armen Bevölkerungskreisen Gerüchte im Umlauf, dass das Frühstück für Schulkinder, das vor zwei Jahren eingeführt wurde, wegen Mangels an Nahrungsmitteln eingestellt wird. Es wird daher gefragt: Sind diese Gerüchte wahr und, wenn das der Fall ist, was gedenkt der Herr Bürgermeister zu tun, um diese schwere Schädigung der Schuljugend aufzuhalten. Wieviel Kinder erhalten das Schulfrühstück und woraus besteht dasselbe?

Der **Bürgermeister** erwidert: Die Gerüchte, dass die Kriegsfürsorgezentrale die Aufhebung dieser Aktion in Erwägung ziehe, sind durchaus unzutreffend und unbegründet.

Vielmehr ist die Kriegsfürsorgezentrale darauf bedacht, diese Aktion nach Massgabe der zur Verfügung stehenden Lebensmittel und des stetig steigenden Bedürfnisses auszubauen. Die seitens der einzelnen Schulleitungen eingehenden Ansuchen um Erhöhung der Frühstückportionen sind immer Berücksichtigt worden. Auch stehen die erforderlichen Lebensmittel soweit zur Verfügung, dass der ungestörte Betrieb dieser Aktion für die nächsten Monate gesichert ist. Dermalen werden täglich rund 17 Portionen verausgabt und zwar 12.000 Portionen Malzkaffee und Brot und 5000 Portionen Bichelkaffee. Ich muss feststellen, dass diese Aktion, die nunmehr über 1 Jahr besteht, sich vollkommen bewährt hat und für die Kinder eine wahre Wohlfahrt geworden ist.

GR. **Dr. Loewenstein** richtet an den Bürgermeister die Anfrage, ob er nicht in der Lage wäre, bei der niederösterreichischen Landesregierung dahin zu wirken, dass für bestimmte Gruppen von Kranken, bei denen einwandfrei auf Grund einer ärztlichen Untersuchung nachgewiesen werden kann, dass für sie die Benützung des elektrischen Aufzuges mit Rücksicht auf ihren Krankheitszustand eine unbedingte Notwendigkeit ist, Ausnahmebestimmungen festgesetzt werden könnten, damit die Kranken ohne weitere Gefährdung ihres Krankheitszustandes und ohne Schädigung ihrer materiellen Existenz der beruflichen Tätigkeit nachgehen können.

Bürgermeister **Dr. Weiskirchner** erwidert: Durch die Einstellung des Betriebes der Aufzüge werden gewiss zahlreiche Kranke schwer betroffen. Es ist aber in Betracht zu ziehen, dass nicht alle solche Kranke in Häusern wohnen, in denen Aufzüge vorhanden sind; wenn demnach gewissen Gruppen von Kranken die Benützung der Aufzüge gestattet wird, so werden doch nicht immer eine sehr grosse Anzahl von Kranken verbleiben, deren Los eben infolge des Mangels von Aufzügen nicht erleichtert werden kann. Dazu kommt noch der Umstand, dass die Einschränkung der Benützung der Aufzüge auf bestimmte Kranke nicht überwacht werden kann. Ich kann daher, so bedauerlich gewisse die Sperrmassnahmen sind, eine Ausnahmebestimmung nicht befürworten; ich werde aber den städtischen Elektrizitätswerken die Weisung erteilen, dass, sobald es die Verhältnisse in der Kohlenanlieferung irgendwie zulassen, die Aufhebung der Aufzugssperre bei der Landesregierung beantragt wird.

GR. **Schäfer** stellt folgende Anfrage: Trotz aller wirtschaftlichen Probleme, deren Lösung in unserem neuen Staate die Zukunft bringen soll, darf man als Vertreter eines gewerbereichen Bezirkes die Fragen der Gegenwart nicht übersehen. Zu diesem für Wien brennenden Fragen, die der sofortigen Lösung zuzuführen sind, gehört die Frage des Renn- und Trabersportes. Viele 100.000 Kronen sind jedes Jahr durch die Rennen und Traben und den dazugehörigen Luxus den Wiener Gewerbetreibenden zugutegekommen. Es wird daher gefragt, ob der Herr Bürgermeister beim Staatsrat dahin intervenieren wollen dass er seine Stellungnahme über die Abhaltung von Galopp- und Trabrennen im Jahre 1919 baldigst im Interesse der oben angeführten Umstände bekannt gebe.